

„Die arabische Minderheit in Israel“.

Referentin: Nahostkorrespondentin Inge Günther:

Am Donnerstag, den 28.5. hatte der Freundeskreis Wiehl/Jokneam im Forum der Sparkasse Wiehl, die dankenswerter Weise immer wieder den Freundeskreis unterstützt, mit der Journalistin Inge Günther eine profunde Israel-Kennerin zu Gast.

Die gelernte Heilpädagogin wurde 1953 in Waldbröl geboren und kam nach ihrem ersten Staatsexamen in Köln 1977 nach einigen Jahren Lehrtätigkeit und ersten journalistischen Schritten bei einem Frankfurter Stadtmagazin im Jahre 1984 zur Frankfurter Rundschau. Nach diversen journalistischen Zwischenstationen unter anderem als freie Journalistin mit Beiträgen u.a. für „Die Zeit“, „Wochenpost“ und „Die Woche“ wurde sie 1996 Nahost-Korrespondentin und lebt seitdem fast ohne Unterbrechung in Jerusalem. Von dort berichtet sie seitdem für verschiedene Zeitungen: die „Stuttgarter Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, die „Berliner Zeitung“ und den „Kölner Stadtanzeiger“. 2003 wurde sie mit dem Sonderpreis für Frieden der Alexander-Stiftung in Frankfurt ausgezeichnet, 2006 wurde sie von „Medium“, einem Fachmagazin für Journalismus, zu einer der 10 besten Reporter gewählt.

Frau Günther begann ihre Ausführungen mit einigen Fakten über die arabischen Israelis, die lange Zeit kaum im Fokus des medialen Interesses gestanden hätten, weil diese zusätzliche Facette des sowieso komplexen Nahost-Geschehens als zu verwirrend angesehen wurde.

Lange Zeit galten die heute 1,3 Millionen israelischen Staatsbürger mit arabischen Wurzeln, die damit immerhin etwa 20% des israelischen Staatsvolkes ausmachen, als „unproblematisch“, ja man sah in Ihnen einen „potentiellen Brückenkopf des Friedensprozesses“ und, so Frau Günther, dieses Potential hätten sie auch heute noch.

Die bis dato relativ stabile Beziehung Israels zu ihren arabischen Mitbürgern würde allerdings in den letzten Jahren durch einige Ereignisse belastet. Eine Solidaritätsdemonstration der Araber mit den Palästinensern in Galiläa, einem der Hauptsiedlungsgebiete der Araber in Israel, in Folge des gescheiterten Oslo-Friedensprozesses im Oktober 2000, endete mit dem Tod von 13 arabischen Demonstranten. Israelische Sicherheitskräfte hatten das Feuer auf die rabiaten aber unbewaffneten Demonstranten eröffnet. Obwohl dieser Vorfall juristisch aufgearbeitet wurde, ergaben sich keine strafrechtlichen Konsequenzen, so Inge Günther.

2008 wäre es in Akko einer historischen Festungsstadt, deren Altstadt bis heute weitgehend von Arabern bewohnt würde - während in der Neustadt überwiegend Juden lebten - zu pogromartigen Ausschreitungen zwischen arabischen und jüdischen Jugendlichen gekommen, nachdem ein Araber an Yom Kippur, dem hohen jüdischen Feiertag der Versöhnung, mit einem Auto durch ein jüdisches Viertel gefahren sei, was an einem solchen „Ruhetag“ aus jüdischer Sicht streng „verboten“ sei. Die mehrtägigen Ausschreitungen endeten mit der Zerstörung der Einkaufsstraße von Akko, sowie mit der Brandstiftung arabischer Wohnungen durch jugendliche jüdische Siedler, die sich ebenfalls in den Konflikt einmischten.

Obwohl sich die Situation seitdem beruhigt habe, bleibe bis heute eine angespannte Stimmung in Akko.

Eine weitere Belastung des Verhältnisses zwischen israelischen Arabern und Juden stelle auch der sogenannte „gentification process“ in Jaffa dar. In dieser bis dato weitgehend arabischen Stadt würden die alteingesessenen Araber durch ausländische Investoren aus ihren angestammten Vierteln gedrängt, da diese

Investitionen die lokalen Immobilien- und Miet-Preise massiv in die Höhe trieben. Arabische Kreise bezeichneten diese Vorgänge als „zweite Vertreibung“ in Anspielung auf den Exodus der arabischen Einwohner Palästinas in den Zeiten der israelischen Staatsgründung 1948/49.

Die sich daraus ergebenden Spannungen hätten das Potential den Landesfrieden Israels zu stören, so die engagierte Journalistin, die sich auch darin ausdrückte, dass sich die zuvor hohe Wahlbeteiligung bei den arabischen Israelis, durch Boykottaufrufe massiv erniedrigt habe.

Zusätzliche Brisanz bringe auch die Regierungsbeteiligung der Partei des israelischen Außenministers Avigdor Lieberman, einer als „rechtsnational“ und „extrem“ einzustufenden Partei, die im letzten Wahlkampf massiv u.a. gegen die israelischen Araber gehetzt habe.

Liebermann fordere u.a. dass sich die israelischen Araber einer Art „Loyalitätstest zum Staat Israel“ unterzögen. Auch wolle er die vollen staatsbürgerlichen Rechte an den Armeedienst koppeln, was ebenfalls im Wesentlichen den arabischen Bevölkerungsteil treffen würde, bei der nur ein kleiner Teil den Armeedienst ableiste. Eine - so die Hoffnung von Frau Günther - auch in der aktuellen weitgehend rechtskonservativen Regierung nicht durchsetzbare, nachgerade absurde Forderung, da auch die ultraorthodoxen Juden keinen Armeedienst leisteten und in gleicher Weise betroffen wären. Ein weiterer Bestandteil der antiarabischen Politik von Lieberman sei auch das sogenannte „Al-Naqba-Gesetz“, das es den Israelis verbieten solle, an die Vertreibung und Flucht von seinerzeit ca. 700000 Arabern in den Jahren 1948 und 1949, bei den Arabern „Al-Nagba“ genannt, zu erinnern.

U.a. mit diesen Forderungen sei Liebermanns Partei bei den letzten Wahlen zur drittstärksten Partei geworden und lag in ihrem Stimmenanteil noch vor der Arbeitspartei, die jetzt ebenfalls zur Regierungskoalition gehöre.

Nach diesem aktuellen Lagebericht wendete sich Inge Günther den arabischen Israelis zu. Diese Gruppe sei - ähnlich wie die jüdische Mehrheitsgesellschaft - alles andere als homogen.

Die Araber, die, wie schon gesagt, ein Fünftel des israelischen Staatsvolkes ausmachten, gliederten sich grob in vier Gruppen: neben der größte Gruppe sesshafter Moslems, sind auch jeweils drei Prozent der israelischen Bevölkerung arabische Christen, sowie Drusen, einer Art „moslemischer Sekte“ die traditionell sehr dem Staat verbunden seien, auf dessen „Land“ sie lebten. Diese besondere Landverbundenheit führte auch dazu, dass viele Drusen im Gegensatz zu den meisten anderen Arabern in der israelischen Armee gedient hätten und dort auch hohe Anerkennung genossen, während die Drusen auf den von Israel besetzten syrischen Golanhöhen nach wie vor loyal zu Syrien ständen.

Eine weitere Gruppe seien die Beduinen, die so ziemlich das Gegenteil der Drusen in Bezug auf Sesshaftigkeit darstellten und für die der Staat auch keine so große Bedeutung habe. Dennoch seien auch die Beduinen in der israelischen Armee als Fährtensucher sehr geschätzt.

Die besondere Loyalität der Drusen habe ihnen allerdings auch nichts genutzt, denn trotzdem würden ausnahmslos alle arabischen Ortschaften von der israelischen Administration stark vernachlässigt. So sei selbst in einer drusischen Ortschaft, in der 50 Dorfbewohner im Dienste der israelischen Armee gefallen waren, seitens der israelischen Regierung nichts getan worden, um die marode Infrastruktur - wie die Versorgung mit Elektrizität - zu verbessern. Mittlerweile lasse deshalb auch die Bereitschaft der drusischen Jugendlichen nach, in der israelischen Armee zu dienen.

Trotz dieser Benachteiligungen hätten arabische Israelis die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie die jüdische Mehrheit. Es gäbe sogar zwei arabische Parteien, die auch in der Knesset, dem israelischen Parlament vertreten seien: eine rein arabische Liste, die im Wesentlichen arabische Interessen verträte, sowie eine jüdisch/arabische Liste, die in Nachfolge der kommunistischen Partei stände. Viele Araber wählten aber durchaus auch andere Parteien wie die Arbeitspartei, Kadima oder sogar den Likud. Trotz des Willens sich an der israelischen Politik zu beteiligen, sei seit der Staatsgründung Israels bisher keine arabische Partei an einer Regierung beteiligt gewesen. Lediglich unter der Regierung von Amir Peretz und der Arbeitspartei habe es einen arabischen Minister (Kultur und Sport) gegeben.

Trotzdem können auch die Araber auf einige Erfolge innerhalb der israelischen Gesellschaft blicken, so Inge Günther: Ein Vertreter des obersten Gerichtes ist Araber und auch an den israelischen Universitäten gäbe es eine gute Repräsentanz israelischer Araber. Viele Studenten seien Araber, davon auch viele Frauen. Allerdings zeigten Untersuchungen, dass die Karrierechancen der arabischen Absolventen schlechter seien als die ihrer jüdischen Kommilitonen.

Auch auf Gesetzesebene gäbe es eine Diskriminierung arabischer Israelis. So läge in dem durch Einwanderung stark wachsenden Staat der Siedlungsausbau weitgehend in Händen des „Jewish National Fund“, der - bis auf wenige Ausnahmen - bisher nur jüdischen Siedlungsbau und die Ansiedlung von Juden in den Siedlungen gefördert habe.

Ein anderes Problem stelle die Tatsache dar, dass israelische Araber, die einen arabischen Partner aus Ostjerusalem oder z.B. dem Westjordanland heirateten, zwar unter Aufgabe ihrer Staatsbürgerschaft zu ihren Ehepartnern ziehen könnten, diese aber umgekehrt kein Aufenthaltsrecht in Israel bekämen. Da aber kaum ein Araber auf seine israelische Staatsbürgerschaft verzichten wolle, lebten alleine 50 Ehepaare in Jerusalem mit getrennten Wohnsitzen und könnten sich teilweise erst nach langwierigen Kontrollen an den Grenzen gegenseitig besuchen. Das Schicksal dieser Eheleute brächte viele Araber in Israel auf, auch weil es natürlich viele Verbindungen zu den palästinensischen Arabern, sowie Freunde und Verwandte dort, gäbe.

In der israelischen Gesellschaft mit ihren vielen Brüchen und Konflikten gäbe es auch ein weit verbreitetes Misstrauen seitens der jüdischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber ihren arabischen Mitbürgern: arabische Israelis wären gerade in den Zeiten der arabisch-israelischen Kriege oft als „5. Kolonne“ der feindlichen arabischen Nachbarn angesehen worden und hätten in den ersten Jahrzehnten des israelischen Staates in ihren Ortschaften unter Kriegsrecht gelebt. Dieses Misstrauen sei bis heute fest in der jüdischen Mehrheitsgesellschaft verwurzelt: Frau Günther zitierte Umfragen, nach denen über 60% der Israelis angaben, sie glaubten bei den Arabern gäbe es „einen Trend zum Ungehorsam“. Ein ähnlicher Anteil würde aus Sicherheitsbedenken arabische Ortschaften meiden und glaube, die „Araber bekämen zu viele Kinder“.

Die Tatsachen wären andere: viele arabischen Israelis seien sehr loyal gegenüber ihrem Staat, sie lebten in jüdischen Vierteln, hätten jüdische Freunde und Arbeitskollegen. Ein besonders positives Beispiel dafür sei Tel Aviv, „wo keiner frage, ob man Moslem, Christ, Araber oder Jude sei“. Hochbegabte arabische Mathematiker arbeiteten selbstverständlich in israelischen High-Tech-Firmen, die sich oftmals in und um Tel Aviv ansiedelten. [Anmerkung des Verfassers: Gerhard Hermann wies in der nachfolgenden Diskussion darauf hin, das sich auch in unserer Partnerstadt Yokneam ein solches High-Tech-Zentrum befände.]

Auch gäbe es - so Frau Günther - sehr erfolgreiche Araber, die in der gesamten israelischen Gesellschaft hohe Anerkennung genießen. Es gäbe z.B. einen berühmten arabischen Kolumnisten, der in seiner satirischen Kolumne in der bekannten israelischen Tageszeitung „Haaretz“ - die sowohl das arabische als auch das jüdische Alltagsleben ironisch „aufs Korn nähme“ - selbstverständlich auf hebräisch - z.B. beklagt habe, dass er trotz eines teuren israelischen Haarschnittes nach wie vor „zu arabisch“ aussähe, um langwierige Sicherheitskontrollen in den israelischen Flughäfen zu vermeiden...

Insgesamt sieht Inge Günther aber in den letzten Jahren die Gefahr einer Verschlechterung in den Beziehungen beider Bevölkerungsgruppen und hier schlägt sie den Bogen zurück zur aktuellen politischen Situation und speziell zu der Rolle der Liebermann-Partei:

So wurden die Proteste linker jüdischer Gruppen zu dem Vorgehen Israels bei dem Gaza-Konflikt in der grundsätzlich sehr offenen und meinungsfreien Gesellschaft ohne Weiteres akzeptiert, während andererseits vergleichbare Proteste arabischer Israelis zu den oben genannten Zweifeln an der Loyalität zum israelischen Staat führten. Aus Liebermann-Kreisen würden solche Araber als „Landesverräter“ bezeichnet. In der Tat hätte der aktuelle Gaza-Konflikt viele israelische Araber in einen schwierigen inneren Konflikt gebracht: „mein Staat ist in Konflikt mit meinem Volk / Verwandten / Freunden in Gaza“.

Auch wenn viele der Liebermann-Forderungen, wie die Kopplung von Militärdienst und Bürgerrechten auch in der aktuellen Regierungskoalition chancenlos seien, wären sie ein gutes Beispiel für den Stimmung machenden Rechtspopulismus dieser Partei.

Eine der Visionen von Liebermann sei ein „Friedensplan“ der eine Änderung der Staatsgrenze Israels vorsähe. Zum einen sollten arabisch besiedelte Gebiet „ausgegrenzt“ werden und den palästinensischen Gebieten zugeschlagen werden, während andererseits jüdische Siedlungen in palästinensischen Gebieten dem israelischen Staatsgebiet zugeschlagen werden sollten.

Dieses nähere bei vielen arabischen Israelis - so Günther weiter - die Sorge „nicht gewollt zu sein“. Natürlich unterstützten die meisten arabischen Israelis eine Zweistaatenlösung mit einem Staat Palästina aber sie fühlten sich selber auch als staatstreue Israelis.

Frau Günther beendete ihren engagierten Vortrag mit zwei arabischen Stimmen zu der aktuellen Situation:

- Ahmed Tibi, ein langjähriger Knesset-Angehöriger: „Liebermann [vor einigen Jahren aus Moldawien eingewandert, so eine Information aus dem Auditorium] kommt aus dem Ausland, ist in eine der Westbank-Siedlung gezogen und verlangt jetzt, dass ich ausgegrenzt werde – und lebt selber auf besetzten Gebiet“
- Ein Abgeordneter der arabisch-jüdischen Hadash-Partei:
„Ich wünsche mir eine zusätzliche Strophe für die israelische Nationalhymne, mit der ich mich identifizieren könnte. Ich lege meinen Eid auf >..und meine jüdische Seele sehnt sich nach einer Heimstatt< ab...“

Es habe - so Frau Günther - tatsächlich schon entsprechende Bestrebung gegeben, die aber in der momentanen Situation nicht weiterverfolgt würden.

Ihr Fazit: Die Araber wollen sich weiterhin in die israelische Gesellschaft integrieren, die aktuelle Entwicklung enthält aber einigen Zündstoff, so dass die Gefahr der Zuspitzung gegeben ist.

Die nachfolgende sehr angeregte Diskussion war geprägt von widerstreitenden Gefühlen, dass wir uns zum einen unseren überwiegend jüdischen israelischen Freunden verbunden fühlen - natürlich auch, weil wir als Deutsche eine besondere historischen Verantwortung haben. Auch wurde klar festgestellt, dass der Staat Israel trotz seiner inneren Konflikte wohl die einzige wirkliche Demokratie im nahen Osten ist und eine wirklich bemerkenswert freie und demokratische Gesellschaft hervorgebracht hat, in der prinzipiell alle israelischen Bürger ihren Platz finden können. Vieles was aus der Ferne leicht zu verurteilen sei, habe seine Ursachen in dem schweren Schicksal des jüdischen Volkes nach der Shoah bis hin zu der jahrzehntelangen existentiellen Bedrohung durch die arabischen Nachbarstaaten. Jeder der schon einmal selbst auf den Golanhöhen gestanden hat und von dort einen großen Teil Nordisraels unter sich sieht, kann dieses Bedrohungsgefühl etwas besser nachempfinden.

Andererseits müssen und dürfen vielleicht gute Freunde auch kritische Hinweise geben und es gibt offenbar aktuelle Entwicklungen, die Besorgnisse wecken.

Ein Missverständnis konnte Frau Günther ausräumen, als ein Zuhörer die Situation der Araber mit der der Türken und türkischstämmigen Deutschen hierzulande verglich: „Die israelischen Araber sind keine Einwanderer, sondern der Teil der arabischen Bevölkerung des vorisraelischen Palästina, die 1948/49 nicht geflohen bzw. vertrieben worden sind und deren Nachfahren“. Insofern sei dieser Vergleich nicht zutreffend.

Der Abend mit Frau Günther- der nebenbei bemerkt eine noch größere Öffentlichkeit verdient gehabt hätte - war - so meine ich - sehr informativ und schaffte Bewusstsein für ein relevantes Thema, dass sicher auch unsere israelischen Freunde in Yokneam bewegt. Ich selber konnte bei meinem bisher einzigen Besuch in Yokneam 1987 erfahren, wie schwierig die Beziehung zwischen jüdischen und arabischen Israelis selbst in relativ ruhigen Zeiten wie damals sein kann, als wir mit unseren Gastgeber zu Besuch in der Stadt Sachnin in Nordgaliläa waren. Immerhin war es auch für unsere Gastgeber damals das erste Mal, dass sie diesen Ort betraten, der gar nicht so weit von Yokneam entfernt ist, und umgekehrt wohl auch für die uns empfangenden Araber eine Premiere eine jüdisch-deutsche Reisegruppe in ihrer Ortschaft zu begrüßen. Auch wenn es für beide Seiten damals sichtlich schwierig und potentiell konflikträchtig war, bin ich sehr stolz und froh diesem kleinen historischen Ereignis beigewohnt haben zu dürfen und wünsche mir, dass auch zukünftige Besucher Yokneams einmal einen ähnlichen gemeinsamen Besuch erleben.

Auch diese Ereignisse gingen mir bei dem Vortrag von Frau Günther und der danach mit großer Ernsthaftigkeit und Würde geführten Diskussion durch den Kopf. Es zeigt wie wichtig solche Initiativen zwischen verschiedenen Völkern, Menschen und Religionen sind, um die Grenzen in unseren Köpfen zu überwinden und wie wichtig es ist, solchen Grenzen überall dort, wo sie auftreten entgegenzuwirken –auch und gerade bei unseren Freunden.

Dr. Peter Hühn